Gründung eines Aktionsausschusses für Sachsens Industrie und Handel

Anläßlich der am gestrigen Mittwoch unter dem Vorsitz von Dipl.-Volkswirt Füssel in Dresden erfolgten Gründung des Aktionsausschusses für Industrie und Handel bei der Landesleitung der Wirtschaftspartei im Freistaat Sachsen fand abends im Hotel Bristol ein Diskussionsabend statt, an dem außer führenden Persönlichkeiten aus Sachsens Wirtschaft auch Reichsbankpräsident a. D. Dr. Schacht auf besondere Einladung hin teilnahm.

Die Diskussion wurde von Staatsminister a. D. Dr. Weber eröffnet, der in längeren Ausführungen die unbedingt notwendige Erhaltung der Individualwirtschaft betonte und zur Einigung aller Wirtschaftskreise zwecks Bekämpfung des Kollektivismus aufrief.

Im Anschluß daran betonte Direktor Wittke, Vorsitzender des Verbandes Sächsischer Industrieller, die Notwendigkeit der Einigung der gesamten Wirtschaft Deutschlands.

Reichsbankpräsident a. D. Dr. Schacht ging in längeren sehr interessanten Ausführungen auf die gegenwärtige finanz- und wirtschaftspolitische Situation ein, wie sie sich durch die Hoover-Aktion darstellt.

Dr. Schacht erntete mit seinen Ausführungen stürmischen Beifall und einmütige Zustimmung. Eine anregende fruchtbringende Diskussion schloß sich an seine Ausführungen an.

Stützung der Regierung Brüning?

In einer öffentlichen Versammlung der D. N. V. P. in Berlin-Hermsdorf am Mittwochabend beschäftigte sich der Reichspressechef der Partei, Brosius, mit einem Appell, der von Zentrumsseite an die nationale Opposition zur Stützung der Regierung Brüning gerichtet ist und in dem es heißt: „Die Parteien der nationalen Opposition können jetzt beweisen, daß sie echte Vaterlandsliebe haben. Sie haben die moralische Pflicht, eine Regierung zu stützen, die die nationalen Interessen Deutschlands in den nächsten Monaten durchkämpfen muß."

3,8 Milliarden Fehlbetrag im amerikanischen Staatshaushalt

Wie aus Washington gemeldet wird, schloß die Bundesregierung das Fiskaljahr 1931 mit einem Fehlbetrag von 3792 Millionen Mark ab gegenüber einem Ueberschuß von 781 Millionen Mark im Vorjahre,

Der Schuletat im Landtag

Dresden, 1. Juli 1931.

50. Sitzung.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt Abg. **Kaiser** für die

Fraktion der Wirtschaftspartei

die folgende Erklärung ab:

Der Verlauf und das Ergebnis der bisherigen Etatberatungen geben der Wirtschaftspartei Anlaß zu folgender Erklärung:

Die allgemeine Wirtschaftslage, die dem Volke und der Wirtschaft schwerste Lasten auferlegt, erfordert notwendigerweise auch Einschränkung der öffentlichen Ausgaben und die sparsamste Führung der Staatsgeschäfte. Trotzdem hat

der Landtag lediglich um des Agitationsbedürfnisses einzelner Parteien willen entgegen dem vorgelegten Etat Ueberziehungen beschlossen, die in die Millionen gehen.

Dieses System ist fortgesetzt worden, trotzdem der Finanzminister vor dem Landtag und in den Ausschüssen den Fehlbetrag, der allein infolge Minderung der Steuereingänge eintreten wird, auf 35 Millionen veranschlagt hat.

Der Fehlbetrag würde sich aber mit den vom Landtage bis jetzt beschlossenen Höherziehungen auf über 50 Millionen steigern. Für eine Fortführung derartiger Etatberatungen, die mit einem noch katastrophaleren Endergebnis abschließen müssen, kann die Wirtschaftspartei die Verantwortung nicht mehr tragen.

Sie erklärt deshalb, daß sie

weitere derartige Etatberatungen an und für sich für völlig zwecklos

hält. Die Wirtschaftspartei wird deshalb

während der zweiten Lesung des Haushaltplanes an den Abstimmungen nur noch deshalb teilnehmen, um in den Fällen, wo es auf ihre Stimme ausschlaggebend ankommt, noch größere Ueberziehungen zu verhüten.

Die Wirtschaftspartei läßt schon heute darüber keinen Zweifel, daß sie

einen unausgeglichenen Haushaltplan unter allen Umständen ablehnen

wird. Sie steht auf dem Standpunkt, daß es äußerstenfalls noch zu verantworten wäre, den Etat nach der Vorlage der Regierung zu verabschieden und daß es

Pflicht der Regierung ist, dem Landtag alsbald einen Nachtragshaushaltplan vorzulegen, der dem Rückgange der Staatseinnahmen Rechnung trägt.

•

Die **Abstimmungen** über das Kapitel **Staatstheater** werden vertagt, bis das Kapitel **Kunstzwecke** durchberaten ist.

Abg. **Bley** (Volksd.) berichtet für den Ausschuß A über das Kapitel

Höhere Lehranstalten

und Abg. **Clauß** (Staatsp.) ebenfalls für den Ausschuß A über das Kapitel

Volks- und Berufsschulen.

Abg. **Siegert** (Dnat.) und Abg. **Vögel** (Dnat.) begründeten darnach einige Anfragen und Anträge ihrer Partei zu beiden Kapiteln.

Abg. **Mätzig** (Komm.) begründet Anträge seiner Partei zu den Schulkapiteln.

Ministerpräsident Schieck

nimmt zu einer Regierungserklärung das Wort, in der er ausführt:

Die vom Schulausschuß der Stadt Dresden beantragte Einführung des IV. Teiles der „Muttersprache", Ausgabe A, konnte unter dem 9. April nur unter der Voraussetzung genehmigt werden, daß das Schulbuch zur Erfüllung seiner Aufgabe brauchbarer gemacht wird. Schulbezirk und Bezirksschulrat sind angewiesen worden, darauf zu dringen, daß

in dem Lesebuch neben den neuzeitlichen literarischen Bildungsstoffen auch solche der Vergangenheit ausreichend zur Geltung gebracht werden

und daß nicht, wie es in dem Buche geschieht, vorwiegend Lesestücke auftreten, die zu einer realistischen Betrachtungsweise erziehen, sondern auch genügend Lesestoffe, die eine idealistische Betrachtungsweise fördern helfen, auf die die Volksgemeinschaft als Ganzes Anspruch hat.

Ein Monopol des Sächsischen Lehrervereins auf Herstellung von Lehr-, Lern- und Lesebüchern für die sächsischen Volksschulen besteht nicht.

Zu einer deutschnationalen Anfrage wegen eines Unterhaltungsabends der Sozialistischen Arbeiterjugend am 1. März 1931 in Glaubitz erklärt der Ministerpräsident:

Das Ministerium für Volksbildung wird das Bezirksschulamt veranlassen, künftig dafür zu sorgen, daß die Beteiligung von Schulpflichtigen an solchen Theateraufführungen, die nicht unter das Kinderschutzgesetz fallen, abgesehen von den polizeilichen Vorschriften, einer Regelung im Interesse der Schulerziehung unterworfen wird.

Eine Anfrage der Sozialdemokraten wegen der nationalsozialistischen Einstellung der Schulzeitung der Deutschen Oberschule zu Rochlitz wird damit beantwortet, daß das Ministerium den Oberstudiendirektor anweisen will, künftig Berichte mit nationalsozialistischer Tendenz nicht mehr in die Zeitung aufzunehmen.

Zu einer kommunistischen Anfrage wegen des Probejahres der Volks- und Berufsschullehrer sagt die Regierung:

Das Probejahr hat nie mit der Beendigung des Studiums begonnen, sondern erst mit dem Eintritt des Schulamtsbewerbers in den Schuldienst.

Eine nur teilweise Beschäftigung der Schulamtsbewerber kann nur ausnahmsweise vorgekommen sein.

Eine Ausdehnung des Probejahres auf die Zeit über ein Jahr seit Eintritt in den Schuldienst hinaus ist bisher nicht vorgekommen.

Ostern 1930 sind 86 Lehrer in das Probejahr eingetreten. Für diese ist das Probejahr am 31. März 1931 abgelaufen.

•

Das Haus tritt dann in die Aussprache ein.

In der Aussprache vermißte der Abg. Hartsch (Soz.) die Anerkennung des Ministerpräsidenten bezüglich der Tätigkeit der Lehrerschaft. Dieser Appell verhallte nicht ungehört.

Der Ministerpräsident nahm umgehend Veranlassung, der Arbeit der Lehrerschaft rühmend zu gedenken

und namentlich für die selbstlose Tätigkeit der Lehrer zu danken, die sich der Weiterbildung der Erwerbslosen widmen. Abg. Bretschneider (Staatspartei) vertritt den Standpunkt, daß alle politisch orientierten Schülerverbände verboten werden müßten. Er bat weiter um Aufhebung des Probedienstjahres für Lehrer an Volks- und Berufsschulen und begründete einen Entschließungsantrag seiner Fraktion: Die Regierung zu ersuchen, alle Bestrebungen von seiten der Hochschulen auf das entschiedenste abzuwehren, die den Zweck haben, den Abiturienten lateinloser Klassen, wie sie an Oberrealschulen, deutschen Oberschulen und Aufbauschulen bestehen, Schwierigkeiten beim Studium in die Wege zu legen. Der Volksnationale Abgeordnete Fritsche greift unter dem Beifall der Linken die Nationalsozialisten an. Seine Ausführungen bleiben natürlich nicht unbeantwortet. (Ein nationalsozialistischer Abgeordneter ruft ihm zu: „Sie sollten sich schämen, noch das Stahlhelmabzeichen zu tragen!") Die Worte des Abg. Fritsche sind stellenweise derart wenig parlamentarisch, daß der Präsident Weckel ihn zu Ordnung auffordern muß. — Abg. Voigt (DVP.) wendet sich gegen die zu Anfang der Sitzung von der Wirtschaftspartei abgegebene Ablehnung jeglicher Höherziehung im Etat. Durch diese Erklärung könne der Anschein erweckt werden, als sei die Wirtschaftspartei der Exponent der Sparpolitik. In Wahrheit jedoch habe gerade die Wirtschaftspartei schon manche Gelegenheit, Ersparungen zu machen, verpaßt. Abg. Studentkowski (Nat.-Soz.) wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. Fritsche; wir haben, so schließt er, die Jugend und werden aus ihr bestimmt nicht solche politische Versager machen, wie Sie und Ihre Partei es sind.

Nachdem noch eine Reihe weiterer Redner zu Worte gekommen sind, schließt der Präsident die Sitzung. Nächste Sitzung: Donnerstag, 2. Juli.

Wettervoraussage:

Gewitter oder gewitterartige Regenfälle und damit verbundene Temperaturschwankungen.

Spartakiaden-Kehraus

Planmäßige Vorbereitung der Unruhen festgestellt

Schwer belastendes Material

Das Verbot der „Spartakiade" ist vom Berliner Polizeipräsidium in erster Linie mit der Feststellung begründet worden, daß die kommunistischen Unruhen offensichtlich

auf planmäßige Anordnung einer zentralen Stelle zurückzuführen sind.

Für die Ermittelung der Täter, die den Oberwachtmeister Kuhfeld erschossen haben, ist eine Belohnung von 3000 Mark ausgesetzt worden. Die Gerüchte, daß er einem von einem Polizeibeamten abgefeuerten Schuß zum Opfer gefallen sei, werden als völlig haltlos zurückgewiesen. Man ist sich im preußischen Innenministerium vollkommen darüber klar,

daß in den nächsten Wochen und Monaten wahrscheinlich noch manche schwierige Situationen entstehen werden

und daß die Polizei in dieser Hinsicht noch viel Arbeit bekommen wird. Für die Planmäßigkeit dieser kommunistischen Ruhestörungen hat die preußische Regierung eine Menge Beweismaterial.

So liegt z. B. ein Rundschreiben von sogenannten Erwerbslosenausschüssen vor, das in Westfalen und im Ruhrgebiet verbreitet wurde. Darin wurden theoretische Ausführungen über die Taktik der Demonstrationen gemacht, und zwar von der

harmlosen Straßendemonstration bis zum bewaffneten Vorgehen gegen die Staatsgewalt.

Es wird darin von der Gewöhnung der Arbeiterschaft an die verschiedenen Kampfformen gesprochen, von der Notwendigkeit, die Polizeikräfte zu zermürben, von der Möglichkeit, durch Sabotageakte im Beleuchtungswesen und auf anderen Gebieten Unruhen hervorzurufen, vom Abfange von Polizeistreifen und ähnlichem. Ebenso ist von Streikführerkursen und sonstigen Störungsmethoden die Rede. Von einem Verbot der Kommunistischen Partei ist im preußischen Innenministerium nicht die Rede, da derartige Rundschreiben selbstverständlich niemals von verantwortlichen Parteistellen der KPD. unterzeichnet sind.

Haussuchungen in den Büros der Spartakiade in Berlin haben zahlreiches belastendes Material zutage gefördert. Bei Haussuchungen selbst sind mehrere Kommunisten deshalb verhaftet worden, weil sie ihre Aussagen verweigerten. Die Polizei hat mehrere Wagen voll Werbeschriften, Plakate und anderes Material nach dem Polizeipräsidium gebracht. Außerdem sind Zehntausende von Spartakiadeplaketten, deren Tragen bekanntlich verboten wurde, beschlagnahmt worden.

Angesichts der schwierigen Aufgaben,

die der Polizei bevorstehen, ist das preußische Innenministerium selbstverständlich darauf bedacht, die Kräfte der Polizeitruppen soweit wie möglich zu schonen. In Hessen ist aus diesem Grunde bekanntlich ein allgemeines Versammlungsverbot ergangen. In Preußen ist dies besonders mit Rücksicht auf den bevorstehenden Volksentscheid nicht beabsichtigt. In Kreisen der Reichsregierung und der preußischen Regierung wird mit aller Entschiedenheit betont, daß

die Machtmittel des Staates völlig ausreichen werden, um alle Störungsversuche sofort zu ersticken. Die Polizei wird notfalls auch rücksichtslos von der Schußwaffe Gebrauch machen.

Arbeit in den Landtagsausschüssen

Der Haushaltausschuß A

des Landtags stimmte am Mittwoch über den Tit. 5 im außerordentlichen Staatshaushalt ab, wo als einmaliger Staatsbeitrag auf Grund der

Auseinandersetzung mit der Ev.-luth. Landeskirche

ein erster Teilbetrag von 500 000 RM vorgesehen ist. Diese Einstellung wurde von den Linksparteien einschließlich der Staatspartei abgelehnt. Anträge der Staatspartei und der Sozialdemokraten, nach denen von der Kirche genaue Mitteilungen über ihre Finanzlage, die aus den Kirchensteuern eingegangenen Beträge usw. verlangt werden sollen, wurden mit den Stimmen der Linken, der Staatspartei und zum Teil der Wirtschaftspartei angenommen, ebenso folgender nationalsozialistischer Antrag: „die Regierung zu beauftragen, mit dem Landeskonsistorium Verhandlungen zu führen mit dem Ziele, das Landeskonsistorium mit Rücksicht auf die katastrophale Lage des Staates, der Gemeinden und weitester erwerbstätiger oder erwerbsloser Kreise des sächsischen Volkes zu bewegen, auf einen Teil der Forderungen an den Staat freiwillig zu verzichten."

Ueber den Etat der Landesuniversität

berichtet Abg. Liebmann (Soz.), der für einige Posten Höherziehungen forderte und ferner beantragte, Völkerrecht zum Prüfungsfach zu bestimmen, Kirchenrecht als besonderes Prüfungsfach zu beseitigen und einen Lehrstuhl für marxistische Gesellschaftswissenschaften zu errichten. Die Regierung stellte sich entschieden gegen den sozialdemokratischen Antrag auf Minderung der Zahl der Theologieprofessoren um fünf. Abg. Dieckmann (D. Vp.) legte als Berichterstatter zum

Etat der Technischen Hochschule

Entschließungsanträge vor, die sich u. a. auf den Neubau der Physikalischen Abteilung beziehen und ferner fordern, daß für das Dresdner Pädagogische Institut ein eigener Etat aufgestellt, den Studierenden auf Antrag Befreiung von der Mietzinssteuer gewährt und gegen die heutige Ueberfüllung der Hochschulen erforderliche Maßnahmen getroffen werden. Ferner forderte Abg. Dieckmann von der Regierung, zur Beseitigung der unterschiedlichen Gestaltung des Volksschullehrerbildungsganges in den einzelnen deutschen Ländern beim Reiche auf beschleunigte Erfüllung der in der Reichsverfassung enthaltenen Vorschrift einheitlicher Regelung der Lehrerbildung im gesamten Reichsgebiet vorstellig zu werden.

In der Abstimmung wurden mit ganz geringen Aenderungen die Einstellungen gegen die Stimmen der Kommunisten genehmigt.

Bad Elster soll Volksbad werden

So wollen es Sozialdemokraten, Kommunisten und Nationalsozialisten

In der gestrigen Sitzung des Haushaltausschusses B des Sächsischen Landtags stand das Kapitel Staatsbad Bad Elster zur Beratung. Im Verlaufe der Aussprache teilte Innenminister Richter mit, daß das Bad im laufenden Jahre bis jetzt verhältnismäßig sehr gut besucht ist. Auch viele Ausländer haben in diesem Jahre bereits das Bad aufgesucht. Um so unverständlicher ist es, daß sich im Ausschuß eine Mehrheit finden konnte, Bad Elster zu einem Volksbad für Unbemittelte auszubauen bzw. umzuwandeln. Diese Mehrheit besteht aus den Sozialdemokraten, Kommunisten und Nationalsozialisten. Es ist bezeichnend, daß die Nationalsozialisten auch hier wieder in der Front derer sind, die für die Verwirklichung der Sozialisierung und der Kollektivwirtschaft kein Mittel unversucht lassen, um zum Ziele zu kommen.

Wenn man dafür eintritt, daß Sachsen sein Staatsbad in der Form und Art, wie es heute geschieht, auch weiter verwaltet und der Oeffentlichkeit dienstbar macht, so kann man deshalb noch keineswegs als ein Feind derer angesehen werden, die zu den Unbemittelten des Volkes gehören.

Die gesunde Entwicklung des Staatsbades Elster wird sehr in Frage gestellt, wenn das Tatsache werden sollte, was gestern im Ausschuß beschlossen worden ist. Wenn Bad Elster ruiniert werden soll, dann muß man eben den Weg gehen, den Sozis, Kozis und Razis zu gehen bereit sind. Den Schaden davon hat der Staat und damit die Gesamtheit des Volkes.

Wenn man auch den Standpunkt vertreten kann, daß die Naturkräfte, die in Bad Elster zur Gesundung der Menschen zur Verfügung stehen, der Menschheit allgemein dienstbar gemacht werden müssen, so kann ein solcher Standpunkt natürlich auch als ein recht einseitiger bewertet werden.

Tatsache ist jedenfalls, daß die vielen Menschen, die als Vermieter während der Badesaison in Bad Elster ihre Pforten für die Badegäste öffnen, wirtschaftlich schweren Schaden erleiden, wenn der Plan verwirklicht werden sollte. Und das trifft wieder einmal den Mittelstand. Die gern und oft betonte Mittelstandsfreundlichkeit der Razis zeigt hin und wieder einmal ihr wahres Gesicht.

Man wird hoffentlich im Landtagsplenum eine deutliche Sprache zu dem Plan der Umwandlung von Bad Elster reden.